

Länderpapier zu Madagaskar

Am 19. Januar 2019 wurde Andry Rajoelina als Präsident vereidigt, der nach dem Wahlsieg die Nachfolge von Hery Rajaonarimampianina antrat. Am 27. 2019 Mai fanden Parlamentswahlen zur Wahl der 151 Mitglieder der Nationalversammlung statt, die sich durch eine niedrige Wahlbeteiligung (31%) auszeichneten. Die Mehrheit der Sitze (84 von 151) ging an die präsidentiale Koalitionspartei „Isika Rehetra miaraka amin'I Andry Rajoelina“ (IRD), wie die von der Nationalen Unabhängigen Wahlkommission (CENI) verkündeten Ergebnisse bestätigten. In Armut lebende Menschen sahen sich beim Zugang zu ihren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten mit zahlreichen Hindernissen konfrontiert und waren weiterhin gefährdet.

Kurz nach dem Amtsantritt des Präsidenten Andry Rajoelina verpflichtete sich die Regierung, die Krise der Untersuchungshaft anzugehen. Dennoch sind die Haftbedingungen weiterhin unmenschlich, die Überbelegung der Gefängnisse sowie die exzessive Anwendung der Untersuchungshaft hielten an. Auch unter den besonderen Umständen der COVID-19-Pandemie bewies die Regierung, dass sie bis auf kleine Ausnahmen bei Weitem nicht genug zur Umsetzung ihres Versprechens getan hat.

Internationale Überprüfungen

Im November 2019 wurde Madagaskar zum dritten Mal im Rahmen der universellen periodischen Überprüfung der UNO untersucht. Madagaskar erhielt 203 Empfehlungen, unter anderem zu Folter und erniedrigenden Bedingungen in Gefängnissen, zur Entkriminalisierung von Abtreibung und zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen. Madagaskar akzeptierte 163, nahm 29 Empfehlungen zur weiteren Prüfung an und lehnte 11 ab.

Am 30 März 2020 hat der UN-Unterausschuss zur Untersuchung von Folter Empfehlungen an Regierungen und unabhängige Monitoring-Organe abgegeben zum Schutz von Personen, die während der COVID-19 Pandemie ihrer Freiheit entzogen sind.

Vor diesem Hintergrund war die madagassische Regierung dazu angehalten, insbesondere die vom UN-Unterausschuss zur Untersuchung von Folter empfohlenen Maßnahmen zu ergreifen, die dem Schutz von Gefängnisinsass_innen dienen. Darunter fallen Regelungen für die vorzeitige, vorläufige oder vorübergehende Freilassung von Untersuchungshäftlingen, Häftlingen, die kurz vor Vollzug ihrer Strafe stehen, sowie von Straftäter_innen, von denen nur ein geringes Risiko ausgeht.

Überfüllte Haftanstalten

Bereits im Jahr 2018 kritisierte Amnesty International nach einem Besuch von madagassischen Gefängnissen das Justizsystem des Landes wegen seiner schleppenden Gerichtsverfahren und überfüllten Haftanstalten. Gerade bei politischen Gegnern sind unfaire Gerichtsprozesse zu beobachten.

Gefängnisse sind nach wie vor extrem überfüllt und die Bedingungen sind weiterhin unmenschlich. Im Juni 2019 befanden sich in Madagaskar 28.045 Menschen im Gefängnis, 56% davon in Untersuchungshaft, obwohl die offizielle Kapazität der 82 Hafteinrichtungen des Landes lediglich bei 10.360 liegt. Von den 977 inhaftierten minderjährigen Jungen befanden sich 75% in Untersuchungshaft. In Madagaskar werden Minderjährige und Erwachsene, denen Bagatelldelikte vorgeworfen werden, gleichermaßen in überbelegten und unhygienischen

Gefängnissen festgehalten, häufig über die rechtlich vorgesehene Dauer der Untersuchungshaft hinaus.

Die übermäßige Inanspruchnahme der Untersuchungshaft durch die Regierung ist die Hauptursache für die Überbelegung. Systematische Versäumnisse im madagassischen Strafrechtssystem haben dazu geführt, dass Tausende von Menschen Gefängnisstrafen absitzen, ohne dass sie zuvor vor Gericht geführt wurden.

Die Menschenrechte der Häftlinge werden aufgrund der Zustände, einschließlich des Mangels an ausreichender Nahrung und sanitären Einrichtungen, regelmäßig verletzt.

Trotz der Versprechungen von Präsident Andry Rajoelina im vergangenen Jahr belief sich die Zahl der Häftlinge im August 2020 landesweit auf 27.000 - eine Überbelegung, die die Kapazitäten der Haftanstalten noch immer um dreifache übersteigt. Während Präsident Andry Rajoelina im Juni sein Vorrecht als Präsident nutzte, um mehr als tausend Gefangene zu begnadigen und damit den Weg für ihre Freilassung zu ebnen, schloss diese außergewöhnliche Maßnahme allerdings alle Untersuchungshäftlinge aus.

Die Bedingungen haben sich seit dem Ausbruch des COVID-19 verschlechtert, da die Gefangenen keine Besuche von Familienangehörigen oder ihren Anwält_innen mehr erhalten. Darüber hinaus mangelt es an einem angemessenen Zugang zu medizinischer Versorgung. Wegen des erhöhten Risikos der Übertragung von Infektionskrankheiten unter unhygienischen und überfüllten Haftbedingungen hat Amnesty International die Regierung dazu aufgefordert, die Gefängnisse im ganzen Land zu entlasten und sich dabei insbesondere auf die Freilassung von Untersuchungshäftlingen zu konzentrieren.

Exzessive Gewalt durch Sicherheitskräfte

Am 23. August 2020 haben madagassische Sicherheitskräfte 22 Gefangene getötet, nachdem diese aus dem Gefängnis Farafangana in der südöstlichen Region Madagaskars geflohen waren. Zwei weitere Häftlinge erlagen am Folgetag ihren tödlichen Verletzungen. Insgesamt entkamen 88 Häftlinge. Berichten zufolge, die Amnesty International vorliegen, sind die Gefangenen geflohen, um gegen ihre verlängerte Untersuchungshaft, die Anwendung der Untersuchungshaft für kleinere Vergehen, einschließlich des "Diebstahls einer Zahnbürste", die erbärmlichen Haftbedingungen, die durch eine starke Überbelegung gekennzeichnet sind, sowie gegen die weit verbreitete Korruption zu protestieren, die sie dazu zwingt, Bestechungsgelder an eine Vielzahl von Akteur_innen innerhalb des Gefängnisystems zu zahlen.

Pressefreiheit

Amnesty International sind Fälle bekannt, in denen Behörden die COVID-19-Situation zur Einschüchterung von Journalist_innen missbrauchten.

Arphine Helisoa, Verlagsleiterin der Zeitung ‚Ny Valosoa‘ kam am 4. April 2020 in Untersuchungshaft in das Gefängnis Antanimora (Antananarivo), nachdem sie den Präsidenten für seine Handhabung der Corona-Situation kritisiert hatte. Laut Anklage soll sie Fake News verbreitet und zum Hass gegen Präsidenten Andry Rajoelina in einer Publikation in der online-Ausgabe der ‚Ny Valosoa‘, angestachelt haben. Der Zeitung wird die Nähe zur Opposition nachgesagt.

Am 2. April 2020 veröffentlichte Arphine Helisoa einen Artikel, der die Reaktion der madagassischen Regierung auf die globale Pandemie kritisch hinterfragte. In dem Artikel kritisiert sie den schlechten Umgang der Regierung mit der Krise unter Bezugnahme auf die Entscheidung, den Markt ohne jegliche Schutzvorkehrungen weiterhin offen zu lassen,

während auf der anderen Seite exzessive Gewalt eingesetzt wird um Personen, die sich draußen aufhalten, zu vertreiben. Sie warf dem Präsidenten vor, es versäumt habe, wichtige und dem madagassischen Kontext zugeschnittene Maßnahmen zu ergreifen, was den Tod vieler madagassischer Bürger_innen zur Folge haben werde, und bezeichnete ihn deswegen als „Attentäter“.

Seit 2016 sieht das Gesetz zur Bekämpfung der Cyberkriminalität keine Freiheitsstrafen mehr für Online-Verleumdung und Beleidigungen vor, was bedeutet, dass Journalist_innen nicht mehr mit Freiheitsstrafen belegt werden können, wenn sie wegen Verleumdung oder Beleidigung im Zusammenhang mit Straftaten angeklagt werden. Obwohl Gérard Rakotonirina, Präsident des Journalistenverbandes von Madagaskar, bestätigte, dass Arphine Helisoa eine akkreditierte Berufsjournalistin ist, weigern sich die Behörden, sie als Journalistin anzuerkennen. Damit ist es ihnen möglich, sie unter Anwendung missbräuchlicher Gesetze, die Gefängnisstrafen für Nichtjournalist_innen vorsehen, die der Aufstachelung zum Hass gegen die Regierung beschuldigt werden, zu inhaftieren. Laut Gérard Rakotonirina ist das als willkürliche Inhaftierung zu bezeichnen, die die Pressefreiheit verletzt und die Arbeit von Journalisten erschreckt.

Amnesty International hat in den letzten Jahren diverse Verletzungen des Rechts auf Meinungs- und Pressefreiheit dokumentiert.